

Jens-Christian Wagner

Die ehemaligen Konzentrationslager und die deutsche Erinnerungskultur

Vortrag Ulm, 19.11.2023

Der öffentliche Blick auf die Geschichte der Konzentrationslager zeichnet sich durch zwei Fehlwahrnehmungen aus, die einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und damit dem historischen Lernen im Wege stehen:

Erstens denken wir die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen immer vom Ende her, von den Leichenbergen in den befreiten Konzentrationslagern. Die Bilder, die davon seit 1945 um die Welt gingen, sind derart erschütternd, dass sie ihre Betrachter:innen fassungslos zurücklassen und suggerieren, die in den KZs begangenen Verbrechen entzögen sich jeglicher Erklärbarkeit und Erzählbarkeit.

„Unvorstellbar“, schrieb der Buchenwald-Überlebende Robert Antelme 1947 (Folie), „das ist ein Wort, das sich nicht teilen lässt, das nicht einschränkt. Es ist das bequemste Wort. Läuft man mit diesem Wort als Schutzschild umher, diesem Wort der Leere, wird der Schritt sicherer, fester, fängt sich das Gewissen wieder.“

Diesem „bequemen Schutzschild“ muss eine erneuerte, geschichtsbewusste und zugleich gegenwartsbezogene Erinnerungskultur eine bewusste Verunsicherung entgegensetzen: den Versuch, zu erklären, warum sich so viele Deutsche an den NS-Verbrechen beteiligt, sie überhaupt erst möglich gemacht haben. Das wird aber nur möglich, wenn wir auch die Frühphase der NS-Herrschaft in den Blick nehmen.

Die zweite Fehlwahrnehmung betrifft den Umstand, dass viele die Konzentrationslager als vermeintlich isolierte Orte betrachten, in Wäldern oder hinter Bergen versteckt oder im diffusen „Osten“, fernab jedenfalls vom Alltag der deutschen Bevölkerung. Nicht zuletzt durch die Metapher „Auschwitz“ wurde das Geschehen an entfremdete Orte verbannt. Das Morden schien quasi automatisch stattgefunden haben, nahezu ohne Täter, zumindest aber ohne Mittäter und Zuschauer.

Der historische Befund sieht jedoch ganz anders aus: Ganz Deutschland war von einem Netz von Konzentrationslager überzogen.

Folie Lagerstandorte 1945

Das gilt insbesondere für die zweite Kriegshälfte, also ab 1942/43, als an hunderten Firmenstandorten KZ-Außenlager eingerichtet wurden, deren Insassen Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie leisten mussten.

Aber auch die frühen Lager waren keine isolierten Stätten, sondern eingebunden in die sie umgebende Gesellschaft und deutlich sichtbar – das sollten sie ja auch sein, denn ihre Funktion war die Unterdrückung jeglichen Widerstandes gegen das junge NS-Regime durch Inhaftierung politischer Gegner und Abschreckung in die Gesellschaft hinein.

Für diese Phase steht nicht nur die Geschichte des KZ Oberer Kuhberg exemplarisch, sondern, wenn auch deutlich weniger bekannt, die des KZ Bad Sulza in Thüringen (Folie). Beide Lager wurden etwa zeitgleich gegründet, nämlich im November 1933. Beide unterstanden den jeweiligen Innenministerien in Württemberg bzw. Thüringen und in beiden waren – wie in allen frühen KZs – vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten inhaftiert.

Im Zuge der reichsweiten Vereinheitlichung und Zentralisierung des KZ-Systems ab 1935/36 wurde das KZ Oberer Kuhberg bekanntlich aufgelöst. Bad Sulza blieb hingegen noch bis zum Sommer 1937 bestehen und wurde an Juli 1936 nicht mehr vom Thüringer Innenministerium, sondern von der SS betrieben.

Damit reicht Bad Sulza in die Zeit hinein, die von Historikern als zweite Phase der Entwicklung der Konzentrationslager bezeichnet wurde, die an die erste Phase, die der frühen Konzentrationslager, anschloss. Als einziges Lager überdauerte die erste Phase das KZ Dachau. Hier wurde unter dem Lagerkommandanten und späteren Inspekteur der Konzentrationslager Theodor Eicke die innere Struktur der Konzentrationslager entwickelt: die Kennzeichnung der Häftlinge mit Nummer und Winkel, der auf den Haftgrund hinwies (Folie), und das System der Funktionshäftlinge, also die Delegation von Macht (und Schuld) an Lager- und Blockälteste, Schreiber, Lagerpolizei und Kapos, die ihre Mitgefangenen zur Arbeit antrieben.

Mit Eicke kam das entstehende System der Konzentrationslager unter die einheitliche Leitung der SS, die ab 1936 damit begann, dezentral im Reichsgebiet neue, für dauerhaften Gebrauch bestimmte Konzentrationslager errichten zu lassen – 1936 Sachsenhausen, 1937 Buchenwald (es war das Nachfolgelager des unmittelbar zuvor aufgelösten KZ Bad Sulza), 1938 Flossenbürg, das Frauenlager Ravensbrück und, unmittelbar nach dem Einmarsch in Österreich, Mauthausen.

Die Aufstellung des Vierjahresplanes im Jahr 1936 und die Vereinheitlichung der polizeilichen Kompetenzen unter Himmler markieren die äußeren ökonomischen und sicherheitspolitischen Daten, die diese zweite Phase einleiteten. Sie ist gekennzeichnet von der Kriegsvorbereitung und den ersten, siegreichen Kriegsjahren.

Die Einweisungsgründe verlagerten sich nun zunehmend von politischen auf rassistische und soziale Kriterien und verweisen auf das zentrale rassistische Projekt der Nationalsozialisten: die dauerhafte Entfernung aller Menschen, die nicht zur als „Bluts“- und Leistungsgemeinschaft definierten „Volksgemeinschaft“ gehören sollten – Juden, Sinti und Roma, sogenannte Asoziale und „Berufsverbrecher“.

Den politischen Häftlingen der frühen Lager hatten die Machthaber noch zugebilligt, potentiell vollwertige Mitglieder der Volksgemeinschaft und durch „artfremde“ Ideen lediglich irregeleitet zu sein. Die Haft hatte für sie neben der Terror- auch eine Erziehungsfunktion. Viele politische Häftlinge wurden deshalb auch bald wieder entlassen (wenn sie auch weiterhin unter Beobachtung standen).

Nun, ab Mitte der 1930er Jahre, waren nicht nur die Lager, sondern auch die „Schutzhaft“ langfristig angelegt. 1936 ließ Polizeichef Himmler 2000 „Berufsverbrecher“ in die Konzentrationslager einweisen, und im Jahr darauf folgten über 10.000 „Asoziale“, darunter viele Juden und Sinti. Mitte 1938 stellten die politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern nur noch eine Minderheit.

Nicht so sehr funktional, dafür aber quantitativ bedeutete der Kriegsbeginn im September 1939 eine gewisse Zäsur. Nun wurden vor allem nichtdeutsche Häftlinge in die bestehenden Lager eingewiesen, die bald völlig überbelegt waren. Die SS ließ deshalb neue Lager

errichten, einige auch in den annektierten Gebieten. In dieser Zeit entstanden die KZs Neuengamme, Natzweiler, Groß-Rosen, Stutthof und Auschwitz.

Schon in den frühen Lagern hatten die Häftlinge unter exzessiver Gewalt und Terror zu leiden, häufig auch unter entwürdigenden Schikanearbeiten. Nach Kriegsbeginn mussten fast alle KZ-Häftlinge härteste Zwangsarbeit in Steinbrüchen und SS-eigenen Betrieben leisten. Viele starben an den Folgen der Zwangsarbeit; etliche wurden auch direkt ermordet.

Das Scheitern der Blitzkriegsstrategie nach dem Angriff auf die Sowjetunion und der Übergang zum Abnutzungskrieg ab dem Winter 1941/42 bilden den Hintergrund einer kriegswirtschaftlichen Entwicklung, in deren Verlauf sich 1942/43 die *dritte Phase* des Konzentrationslagersystems herausbildete, die durch den systematischen Einsatz von KZ-Häftlingen als Zwangsarbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie gekennzeichnet war.

Mit der Eingliederung der bisherigen Inspektion der Konzentrationslager in das neugegründete SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (SS-WVHA) im Frühjahr 1942, etwa zeitgleich mit der Einsetzung des Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und der Ernennung Albert Speers zum Rüstungsminister, wurde der strukturelle Rahmen geschaffen, nach dem die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie einheitlich und in großem Umfang organisiert wurde.

Hintergrund war, dass in der Rüstungsindustrie mit jeder Einberufungswelle zur Wehrmacht der Arbeitskräftemangel immer drängender wurde, ein Mangel, der auch durch die millionenfache Verschleppung ziviler Zwangsarbeiter:innen in das Reich und die Ausbeutung von Kriegsgefangenen nicht gedeckt werden konnte.

Deshalb rückten nun die Häftlinge in den Konzentrationslagern in das Visier der Rüstungsplaner um Albert Speer. Er setzte 1942 in Verhandlungen mit SS-Chef Heinrich Himmler durch, dass die Unternehmen ihre Produktion nicht in die Konzentrationslager verlagerten, wie es die SS gefordert hatte, sondern umgekehrt die SS Häftlingskommandos bereits bestehenden Rüstungsbetrieben gegen eine als „Häftlingsentgelt“ bezeichnete Tagesmiete von zwei bis sechs Reichsmark zur Verfügung stellte. Zur Unterbringung der Häftlinge sollten bei den Rüstungsbetrieben KZ-Außenlager eingerichtet werden.

Es ist keineswegs so, dass die SS den Rüstungsbetrieben die Häftlinge aufgezwungen hätte, wie es nach 1945 Firmenvertreter vielfach behaupteten. Vielmehr standen die Firmen bei der SS Schlange. Und auch wenn nicht jede Firma so viele Häftlinge zugewiesen bekam, wie sie beantragt hatte, entstanden ab 1942 an Hunderten Rüstungsbetrieben KZ-Außenlager, deren Insassen in der Rüstungsfertigung Zwangsarbeit leisten mussten.

Folie Lagersystem

Weitere Außenlager entstanden bei Bauvorhaben, insbesondere solchen zur geplanten Untertageverlagerung von Rüstungsfabriken, deren Fertigung vor alliierten Luftangriffen geschützt werden sollte. Exemplarisch für diesen KZ-Typ war das KZ Mittelbau-Dora in Nordthüringen, das zunächst als Außenlager von Buchenwald gegründet und 1944 zum KZ-Hauptlager verselbständigt wurde.

Ende 1944 arbeiteten über 270 000 KZ-Häftlinge unter mörderischen Bedingungen auf den Baustellen der SS und der OT. Etwa die gleiche Anzahl von Häftlingen musste zu diesem Zeitpunkt Zwangsarbeit in Rüstungsbetrieben leisten. Die Häftlinge kamen aus allen Teilen Europas; die meisten von ihnen trugen den roten Winkel der politischen Häftlinge auf ihrer Haftkleidung, viele waren aber auch Jüdinnen oder Juden oder Sinti oder Roma. Unter den deutschen Häftlingen, die insgesamt nicht mehr als 10 Prozent der Gefangenen stellten, waren Politische, „Asoziale“, „Berufsverbrecher“, als homosexuell verfolgte oder auch Zeugen Jehovas.

Das Ende des KZ-Systems begann im Sommer 1944 mit der Räumung der frontnahen KZs im Osten wie im Westen Europas. Ihre Insassen brachte die SS per Bahn und bald auch auf mörderischen Fußmärschen in das immer kleiner werdende Reichsgebiet. Die letzte Eskalation bedeutete im Frühjahr 1945 die Räumung der letzten KZs im Reichsinneren, deren Insassen von der SS auf Todesmärsche geschickt wurden. Zehntausende fielen den Märschen und Massakern zum Opfer. Etwa drei Viertel der insgesamt etwa 800 000 seit 1933 getöteten KZ-Häftlinge (nicht mitgezählt sind die mindestens 1,1 Mio. Toten der Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und Majdanek) starben erst im letzten Kriegsjahr.

Mit den Lagern und Todesmärschen waren auch die Verbrechen an den Insassen für die deutsche Bevölkerung deutlich sichtbar – es waren öffentliche Verbrechen. Es kann für viele

also ein gar nicht so überraschender Anblick gewesen sein, der sich ihnen bot, als die Alliierten ihnen im April und Mai 1945 die Leichenberge in den befreiten Lagern oder exhumierte Massengräber vorführten.

Folie Bourke-White

Die etwas naive Sühne- und Konfrontationspädagogik der Alliierten („seht her, was ihr angestellt habt!“) war denn auch alles andere als erfolgreich. Die Zwangsbesichtigungen der Lager verstärkten den Prozess der Umdeutung, der aus der Tätergesellschaft eine besiegte und von Strafangst und Schuldabwehr geprägte Gesellschaft mit ausgesprochenem Opferbewusstsein machte.

Vor diesem Hintergrund verschwanden die Überreste von Orten, die an die Verbrechen der Nazis erinnerten, nach 1945 sehr schnell, sofern sie nicht als Internierungslager der Alliierten oder als DP-Camps oder auch als Notaufnahmelager für Vertriebene nachgenutzt wurden. Von deutscher Seite aus gab es lange Zeit kaum Ansätze, die Lagerstandorte als Erinnerungsorte zu erhalten. Das Gedenken wurden den „Fremden“ überlassen, also den Besatzungsmächten und vor allem den Überlebenden, die an den historischen Orten um ihre toten Mithäftlinge trauerten. Fast alle frühen Gedenkzeichen wurden von den Überlebenden selbst errichtet.

Folie Buchenwald

Folie Bergen-Belsen

Von offizieller westdeutscher Seite wurden die ehemaligen Konzentrationslager in den 1950er bis in die 1980er Jahre entweder wie Bergen-Belsen zu historisch entleerten Friedhofsanlagen umgestaltet (Folie) oder derart überbaut, dass an die Vergangenheit der Orte kaum noch etwas erinnerte (Neuengamme als Gefängnisstandort).

In der DDR hatten die Gedenkstätten hingegen eine herausgehobene politische Bedeutung für den SED-Staat, der den propagierten Antifaschismus zu seinem Gründungsmythos erhob und 1958 Buchenwald als erste „Nationale Mahn- und Gedenkstätte“ einrichtete (Folie). Es folgten später Sachsenhausen und Ravensbrück. Trotzdem oder gerade deshalb spielten die authentischen historischen Orte auch hier nur eine untergeordnete Rolle. (Bsp. Kleines Lager

Buchenwald). „Minimierung der Relikte zur Maximierung der historischen Sinnstiftung“ könnte man das mit den Worten von Jörn Rüsen nennen.

Während sich in der DDR bis 1989 in dieser Hinsicht nicht viel änderte, vollzog sich in der Bundesrepublik ab den 1970er Jahren ein tiefgreifender Wandel. Dem politischen Aufbegehren und pädagogischen Aufbruch der „68er“ folgend entdeckten Geschichts- und Erinnerungsinitiativen scheinbar vergessene Lager neu und machten sie – nicht selten mit aufklärerischem Impetus und gegen den Widerstand der Mehrheitsgesellschaft und kommunaler oder staatlicher Behörden – zum Gegenstand politischer Bildungsarbeit. Bald entwickelten sich daraus an verschiedenen Orten „arbeitende“ Gedenkstätten, die ihre Existenz kritisch-bürgerschaftlichem Engagement zu verdanken hatten und deren Mitarbeiter ehrenamtlich oder in prekären Arbeitsverhältnissen tätig waren (in diese Phase fällt die Gründung des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg im Jahr 1985). Eine staatliche Förderung gab es nur selten.

Das änderte sich erst ab Ende der 1980er Jahre, als mit einer neuen Generation von Politiker:innen staatliche und kommunale Stellen den Forderungen der bürgerschaftlichen Initiativen nach staatlicher Unterstützung nachzukommen begannen. Schrittweise wurden die Gedenkstätten ausgebaut, in nennenswertem Umfang aber erst seit 1998, als der Bund erstmals eine Bundesgedenkstättenkonzeption verabschiedete, die seither mehrfach fortgeschrieben wurde.

Ihr wie der komplementären Finanzierung durch die Länder und/oder Kommunen ist es zu verdanken, dass nach der in den 1990er Jahren realisierten Neukonzeption der ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten der DDR auch den Ausbau der West-Gedenkstätten auf den Weg gebracht werden konnte, etwa in Neuengamme, Bergen-Belsen, Flossenbürg und Dachau, aber auch an überregional nicht ganz so bekannten Orten der NS- (und DDR-)Verfolgung. Es entstanden teils neue Museumsgebäude mit neuen Dauerausstellungen, und die Lagergelände wurden mit dem Ziel neu gestaltet, historische Relikte sicht- und lesbar zu machen.

Folie Dora

Bundesweit ist in der Folge in den vergangenen 20 bis 30 Jahren ein dichtes Netz von Gedenkstätten entstanden, die an den NS und seine Opfer erinnern.

Folie Gedenkstättennetz

Mit dem Ausbau der Gedenkstätten seit den 1990er Jahren ging ein Professionalisierungsschub einher; Gedenkstätten verstehen sich heute nicht nur als Orte der Trauer und des Gedenkens, sondern zunehmend auch als moderne zeithistorische Museen, für die entsprechende Standards gelten.

Erfolgsmodell Erinnerungskultur?

Eine Erfolgsgeschichte also? Im Ausland, etwa in Japan, sieht man voller Bewunderung auf die deutschen „Erinnerungsweltmeister“, und auch in Deutschland begegnet man vielfach wachsendem Bewältigungsstolz. Dennoch – oder vielleicht auch gerade deshalb – macht sich bei kritischen Beobachtern, teils auch innerhalb der Gedenkstätten, zunehmend ein Unbehagen an der aktuellen Erinnerungskultur breit.

Das Unbehagen an der aktuellen Erinnerungskultur fängt schon mit dem Begriff des Erinnerns an.

Folie Spiegel

Erinnern können wir uns in des Wortes eigentlicher Bedeutung doch nur an etwas, was wir selbst erlebt haben. An was sollen sich aber 16jährige Schüler*innen erinnern, wenn sie eine NS-Gedenkstätte besuchen? Auf sie wirkt der Appell, sich an etwas „erinnern“ zu sollen, was aus Altersgründen selbst ihre Großeltern nicht mehr selbst erlebt haben, als eine Überforderung, die zusätzlich auch noch moralisch aufgeladen ist.

Folie Jugend erinnert

Zugleich schwingt beim Begriff des „Erinnerns“ etwas Affirmatives mit, als gäbe es nur die *eine* Geschichte und die *eine* Lehre, die wir daraus ziehen. Geschichte geht aber nicht in Erinnerung auf. Geschichte ist komplexer als Erinnerung. Wer dieser Komplexität gerecht werden will, wer wissenschaftlich differenziert auf Geschichte blickt, der erinnert nicht, sondern er setzt sich kritisch mit der Geschichte auseinander – nach allen Regeln der Quellenkritik.

Im öffentlichen und politischen Diskurs meint „Erinnern“ aber leider viel zu selten „Auseinandersetzen“, sondern allzu häufig bloßes Trauern, ohne nach den Hintergründen zu fragen und ohne die historische Abfolge von Ursache und Wirkung zu beachten. So kommt es dann zur Gleichsetzung von stalinistischen und nationalsozialistischen Verbrechen sowie von Ermordeten im Holocaust mit den deutschen Opfern von Luftkrieg sowie Flucht und Vertreibung. Im Tode seien alle gleich, hört man dann oft – ganz besonders an Gedenktagen wie dem Volkstrauertag, der heute in ganz Deutschland begangen wird.

Folie 77er-Denkmal Celle

Überdies wird häufig die Bandbreite der Verfolgung nicht gesehen. Der Holocaust, also die Ermordung der europäischen Juden, ist erinnerungskulturell derart wirkungsmächtig, dass andere Opfergruppen an den Rand gedrängt werden (Beispiel „Holocaustgedenktag“) – Sinti und Roma, politisch Verfolgte, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Homosexuelle, Opfer der Justizverbrechen, Zeugen Jehovas, die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten.

Was sollte man ändern?

Eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Erinnerungskultur muss die Perspektive erweitern. Dazu gehört, dass wir den Blick auf die Bandbreite der Verfolgung erweitern und uns zugleich vom Opferzentrismus lösen. Sicherlich: Im Mittelpunkt des *Gedenkens* stehen ohne Zweifel die Opfer. Doch zeitgemäße Gedenkstättenarbeit muss sehr viel stärker auch nach den Tätern, Mittätern und Profiteuren fragen und damit nach der Funktionsweise der von den Nazis propagierten „Volksgemeinschaft“ und dem Wechselverhältnis zwischen der Ausgrenzung der „Gemeinschaftsfremden“ auf der einen und Integrationsangeboten an die „Volksgenossen“ auf der anderen Seite.

Doch statt eines kritischen Blicks auf die NS-Gesellschaft erleben wir überwiegend eine Fokussierung auf die Opfer, nicht selten sogar eine Identifikation – meines Erachtens eine Anmaßung. Aber es ist eben einfacher, mit und um Opfer zu trauern und sich damit gewissermaßen selbst moralisch zu überhöhen, als Fragen nach den Hintergründen der Verbrechen zu stellen.

Und noch aus einem weiteren Grund halte ich den Opferdiskurs für falsch, macht er doch aus Menschen Objekte und verstellt den Blick auf Verfolgte als Akteure. Genau darin läge aber ein didaktisches Potential.

Wie weit die Fixierung auf die vermeintlich willenlosen Opfer geht, zeigt die öffentliche Wahrnehmung des Themas „Widerstand“, die zunehmend gegen Null tendiert, insbesondere beim Blick auf die Geschichte des KZ Bergen-Belsen (**Frage nach Jasper**): Jeder kennt das jüdische Mädchen Anne Frank, kaum jemand aber noch (zumindest außerhalb von Braunschweig) Heinrich Jasper, der als sozialdemokratischer Ministerpräsident des Freistaates Braunschweig während der Weimarer Republik reichsweit einer der profiliertesten Gegner der Nationalsozialisten gewesen war und wie Anne Frank im Frühjahr 1945 in Bergen-Belsen starb.

Zum Opferdiskurs passt auch, dass die Cellesche Zeitung vor einigen Jahren einen Artikel über französische Widerstandskämpfer im Außenlager Holzen des KZ Buchenwald mit der Überschrift „Zeugnis jüdischen Leids“ versah.

Folie Cellesche Zeitung

>>weder Opfer noch Leid

Es scheint fast so, als wären uns die vermeintlich willenlosen Opfer lieber als diejenigen, die Eigensinn zeigten, die Widerstand leisteten, die vielleicht auch sperrig sind, weil sie nicht in eine Schublade passen. Es lässt sich jedenfalls feststellen, dass mit dem historisch entleerten „Erinnern“, mit dem unterschiedslosen Beweinen der Opfer des 20. Jahrhunderts in den vergangenen gut 20 Jahren eine Art Wohlfühl-Erinnerungskultur entstanden ist: Mit einem Schauern blicken wir auf die Vergangenheit, trauern und identifizieren uns mit den Opfern und freuen uns, dass heute alles vorbei ist und sind vor allem stolz auf die Wiedergutwerdung der Deutschen: Es ist eine Wohlfühl-Erinnerungskultur zum Zwecke der Entlastung, oder, wie es Max Czollek nennt: Es ist „Versöhnungstheater“.

>>>Friede, Trauer, Eierkuchen

Wie man es auch nennen mag: Kern dieser entkontextualisierten „Erinnerung“ ist jedenfalls, dass sie von Geschichtsbewusstsein und Reflexion über Geschichte und Gegenwart losgelöst und vollkommen beliebig ist – und damit auch anschlussfähig für diejenigen, denen der

kritische Blick auf Ursachen und Folgen der NS-Verbrechen ein Dorn im Auge ist, weil er dem Narrativ nationaler Größe, auf die man stolz sein soll, im Wege steht.

Folie AfD we remember

Mit dem „We remember“ der AfD ist der Topos der „Erinnerung“ endgültig zur leeren und verlogenen Worthülse degradiert.

Wir erleben seit Jahren eine paradoxe Situation: Einerseits wurde, wie ich gezeigt habe, die Gedenkstättenarbeit in den vergangenen 20 bis 30 Jahren in ganz Deutschland massiv ausgebaut. Auf der anderen Seiten feiern Rechtsextreme und Rechtspopulisten einen Wahlerfolg nach dem anderen und machen sich Rassismus, Antisemitismus und nationalistischer Geschichtsrevisionismus immer stärker bemerkbar.

Haben die Gedenkstätten, hat unsere Erinnerungskultur angesichts dieser Entwicklungen vollständig versagt?

Ja und zugleich nein, denke ich.

Nein, die Gedenkstätten haben nicht versagt, weil sie für die derzeitige Situation selbstverständlich nicht allein verantwortlich gemacht werden können.

Erstens sind Gedenkstätten nur ein Teil unserer Erinnerungskultur, deren Defizite ich bemängeln. Die Wohlfühl-Erinnerungskultur samt ihren Entlastungsritualen ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, insbesondere die identifikatorische Fokussierung auf die Opfer, ohne nach den Hintergründen der Verbrechen zu fragen.

Zweitens sollten wir die unmittelbare Wirkung der Gedenkstättenarbeit nicht überschätzen: Gedenkstätten sind keine demokratischen Läuterungsanstalten. Niemand wird durch einen Gedenkstättenbesuch zum besseren Menschen.

Und *drittens* machen die Angriffe von rechts auf die Gedenkstätten (denken Sie an die Höcke-Rede zur erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad vor knapp drei Jahren) deutlich, dass die Erinnerungskultur so *ganz* falsch nicht sein kann: Dass die Gegner einer aufgeklärten und offenen Haltung gegenüber der Migration und gegenüber Europa sich auch gegen die

Erinnerungskultur und damit auch gegen die Gedenkstätten wenden, ist nämlich nur folgerichtig: Eben wegen des Bezugs auf die nationalsozialistischen Verbrechen ist Deutschland heute (noch) eines der am meisten weltoffenen, proeuropäischen und liberalen Länder Europas. Wer daran etwas ändern möchte, und das wollen die Rechten und Rechtsextremen, der muss die Axt anlegen an die Erinnerungskultur und an die Gedenkstätten – den sogenannten „Schuldkult“.

Folie

Auf der anderen Seite könnte man sagen: Ja, die Gedenkstätten haben versagt, weil sie zumindest teilweise Inhalte und Methoden vertreten haben und nach wie vor vertreten, die keinerlei oder nur sehr geringe Auswirkungen auf gesellschaftliche Diskurse haben. Einmischung in aktuelle politische Debatten sei nicht ihre Aufgabe, hörte man noch vor nicht langer Zeit aus manchen Gedenkstätten. Ich bin dagegen überzeugt, dass wir auch in aktuellen Debatten nicht nur Position beziehen dürfen, sondern müssen – insbesondere gegen jeden Versuch, die NS-Verbrechen zu relativieren oder gar zu leugnen, aber auch gegen aktuelle Hetze gegen Minderheiten.

Allerdings sollten wir uns vor falschen historischen Analogien hüten (Jana aus Kassel lässt grüßen), und wir sollten uns davor hüten, was zunehmend en vogue ist, nämlich den Gedenkstätten eine sehr allgemeine Form der Menschenrechtserziehung aufzustülpen und damit sinnloses Leiden und heillose Geschichte in eine religiöse, politische oder metaphysische Sinnstiftung einzulesen, nach der wir aus der dunklen Vergangenheit in die leuchtende Zukunft gehen, wenn wir nur die richtigen „Lehren“ aus der Vergangenheit beherzigen. Die von den Nationalsozialisten Verfolgten hatten jedoch ganz eigene, individuelle soziale und politische Vorstellungen, und keiner von ihnen ist gestorben, um das Grundgesetz der Bundesrepublik zu schützen.

Letztlich ist es damit im schlimmsten Fall eine Instrumentalisierung der Opfer und Kennzeichen eines eben nicht *reflexiven*, sondern *affirmativen* Geschichtsverständnisses, wenn wir unsere heutigen Vorstellungen von Menschenrechten und politischer Moral, so gut gemeint und fundiert diese auch seien, als Lehre aus den Verbrechen der Nationalsozialisten verkaufen. Ganz, ganz übel wird es, wenn, wie bei den „Querdenkern“, die aus dem NS abgeleiteten vermeintlichen Lehren dann auch noch darin bestehen, im Kern antisemitische Verschwörungslegenden zu unterfüttern.

Wir sollten uns also hüten, in den Gedenkstätten wie überhaupt in unserer Erinnerungskultur Heilslehren zu verkünden. Wenn wir das Pferd hingegen *andersherum* aufzäumen und uns aus der konkreten Geschichte der jeweiligen Orte heraus mit der Frage beschäftigen, wie die NS-Gesellschaft funktionierte und welche Motivation Täter und Mittäter antrieb, und das alles wissenschaftlich fundiert und quellengestützt, dann werden die Gedenkstättenbesucher sich selbst ein Urteil bilden – weil wir sie unterstützen, ein reflexives Geschichtsbewusstsein auszubilden. Und das ist um ein vielfaches nachhaltiger und demokratischer, als wenn wir Ihnen unsere Lehre aufzwingen.

Damit komme ich zum Kern dessen, was ich mir unter einer zukunftsgerichteten Erinnerungskultur vorstelle: Nicht Affirmation oder Appellation, sondern Reflexion sollte im Mittelpunkt des heutigen Umgangs mit der NS-Geschichte stehen. Anders formuliert: Nicht Bekenntnis, sondern Erkenntnis ist das Ziel. Es geht um selbstbestimmte Reflexion der Vergangenheit und darum, historisches Urteilsvermögen zu stärken.

Wie nötig das ist, zeigt die zunehmende Relativierung, Verharmlosung und Indienstnahme der NS-Geschichte, aber auch ihre Trivialisierung im öffentlichen Raum. Der Blick auf die Geschichte beschränkt sich entweder auf schwülstiges Pathos und Betroffenheitskitsch – oder auf das Lernen von Daten, Namen und Ereignissen; beides, ohne Zusammenhänge zu reflektieren.

Geschichtsbewusstsein ist umfassender. Es bedeutet, historische Prozesse einschließlich ihrer Ursachen und Folgen und die historische Bedingtheit des eigenen Lebens zu verstehen. Das kann nur in einem selbstreflexiven Prozess einer intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte geschehen.

Dazu gehört, dass wir – aus der Geschichte herausgearbeitet – selbstkritisch unsere eigene politische, ethische und soziale Haltung im heutigen Leben hinterfragen. Eine solche aktive, kritische, gegenwartsbezogene und handlungsorientierte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist mühsamer als das unterschiedslose Beweinen der Toten des 20. Jahrhunderts oder der Konsum hohler Pathosformeln. Nachdenken und forschendes Lernen sind anstrengend. Aber sie lohnen sich – nicht nur in den Gedenkstätten, sondern auch in den Schulen und Universitäten wie überhaupt in der gesamten Gesellschaft.